



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

96. Sitzung (öffentlich)

30. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 13:13 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

5

Der Ausschuss beschließt, die Reihenfolge in der ursprünglichen Tagesordnung zu ändern und TOP 5 – Stichwort: „Zirkuläre Wirtschaft“ – als TOP 2, TOP 6 – Stichwort: „Zeit für Taten beim Klimaschutz“ – als TOP 3, TOP 7 – Stichwort: „Aufschwung durch Ausbildung“ – als TOP 4, TOP 8 – Stichwort: „Zielabweichungsverfahren“ – als TOP 5 und TOP 9 – Stichwort: „Landesplanungsgesetz-DVO“ – als TOP 6 zu behandeln.

1 Tätigkeitsbericht des Unterausschusses Bergbausicherheit in der 17. Wahlperiode

6

– Bericht des Vorsitzenden des Unterausschusses Bergbausicherheit

– Wortbeiträge

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ab.

4 Aufschwung durch Ausbildung: Fachkräfte jetzt für das Morgen gewinnen! 17

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15879

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16898

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ab.

5 Zielabweichungsverfahren gemäß § 6 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 16 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LPIG NRW) von Ziel 6.5-8 des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) auf Antrag der Stadt Witten für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 252 – Ann – Westfalenstraße, Annenstraße 21

Vorlage 17/6554

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt das Benehmen zum Zielabweichungsverfahren her.

6	Entwurf einer sechsten Verordnung zur Änderung der Landesplanungsgesetz-DVO	22
	Vorlage 17/6634	
	– Wortbeiträge	
	Der Ausschuss stellt das Benehmen her.	
7	Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW	23
	Vorlage 17/6600	
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
8	Auswirkungen der notwendigen Sanktionen gegen Russland auf NRW	29
	Vorlage 17/6599	
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
9	Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung	36
	Vorlage 17/6601	
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
10	Verschiedenes	37

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt, die Reihenfolge in der ursprünglichen Tagesordnung zu ändern und TOP 5 – Stichwort: „Zirkuläre Wirtschaft“ – als TOP 2, TOP 6 – Stichwort: „Zeit für Taten beim Klimaschutz“ – als TOP 3, TOP 7 – Stichwort: „Aufschwung durch Ausbildung“ – als TOP 4, TOP 8 – Stichwort: „Zielabweichungsverfahren“ – als TOP 5 und TOP 9 – Stichwort: „Landesplanungsgesetz-DVO“ – als TOP 6 zu behandeln.

1 Tätigkeitsbericht des Unterausschusses Bergbausicherheit in der 17. Wahlperiode

– Bericht des Vorsitzenden des Unterausschusses Bergbausicherheit

Frank Sundermann (SPD) berichtet, der Unterausschuss Bergbau habe in der zu Ende gehenden Legislaturperiode 18 Sitzungen von jeweils drei bis vier Stunden Dauer abgehalten. Schon dies zeige die Sinnhaftigkeit der Einrichtung des Unterausschusses zur Entlastung des Wirtschaftsausschusses.

Bedauerlicherweise habe es während dieser Zeit drei tödliche Unfälle im Bergbau gegeben, davon zwei im Braunkohle- und einer im Steinkohlebergbau. Jeder Unfall sei einer zu viel. Dennoch habe sich die Unfallhäufigkeit im Bergbau insgesamt sehr gut rückläufig entwickelt und stehe im Vergleich zu anderen Bereichen mittlerweile sehr gut da. Dies entspreche auch den Angaben in den jährlichen Berufsgenossenschaftsberichten.

Das prägendste Ereignis in der Legislaturperiode sei sicherlich der 18. Dezember 2018 gewesen, als die letzte Steinkohlenzeche Prosper-Haniel geschlossen habe, auch wenn in Nordrhein-Westfalen weiterhin Braunkohle gefördert werde.

Aktuell werde an Konzepten gearbeitet, wie das Grubenwasser in den geschlossenen Zechen ansteigen könne. Dabei seien verschiedene Dinge zu beachten. Verhindert werden müssten Bodenbewegungen durch den Grubenwasseranstieg, die obertägig zu Schäden führten.

Für die sehr, sehr gute Betreuung des Unterausschusses durch das Ministerium danke er im Namen aller Mitglieder. Ein integrales Monitoring sei aufgesetzt worden, durch das kontinuierlich mit allen Betroffenen besprochen werde, was passiere und was zur Erhaltung der Transparenz getan werden könne. Zum Teil habe es Kritik am Monitoring gegeben. Verbessere sich das Monitoring dadurch weiter, habe der Ausschuss sein Ziel an der Stelle erreicht.

Ein bereits aus der vergangenen Legislaturperiode übernommener Diskussionspunkt betreffe die PCB-Befrachtung von Grubenwassern. Es habe verschiedene Versuche gegeben, das PCB zu eliminieren. Mittlerweile existierten recht gute, aber noch nicht optimale Verfahren. Auch seien die Analysemethoden verfeinert worden, sodass kleinste Mengen von PCB nachgewiesen werden könnten. Das sei wichtig, weil sich schon minimale PCB-Dosen in Fettgeweben ablagerten und langfristig toxisch wirkten. Insofern müsse es das Ziel sein, PCB möglichst vollständig auszuschalten.

Ebenfalls durch die gesamte Legislaturperiode habe sich der Regelungsbedarf im Altbergbau gezogen. Dazu habe es eine Große Anfrage der Grünen sowie ein von der Bergbehörde beauftragtes Gutachten mit Regelungsvorschlägen gegeben, wie mit dem Altbergbau zukünftig umgegangen werden könne. Mit dem Schließen der letzten Zeche sei das Thema nicht beendet.

Durch den Altbergbau, aber auch durch den Grubenwasseranstieg komme es zu Veränderungen an der Oberfläche. Die Bergbehörde habe zusammen mit der DLR ein Verfahren entwickelt, um durch Überfliegungen Veränderungen in der Oberflächenstruktur

bzw. Senkungen und Hebungen festzustellen und eine gute Datengrundlage für eventuelle Auswirkungen und die Geltendmachung von Ersatzansprüchen durch betroffene Bürger zu haben.

Auf Initiative des Unterausschusses, federführend namentlich von Norbert Römer, Josef Hovenjürgen, Reiner Priggen und Dietmar Brockes, seien in der Vergangenheit Schlichtungsstellen für den Braunkohle- und Steinkohlebereich eingerichtet worden. Dem bisherigen, leider inzwischen verstorbenen Leiter der Schlichtungsstelle Braunkohle habe man sehr viel zu verdanken. Zusammen mit den Bergbaubetreibenden und den Bergbauverbänden sei die Nachfolge geregelt worden.

Die Schlichtungsstellen seien mittlerweile absolut etabliert und würden von den Betroffenen nachgefragt, sodass vorgerichtliche Einigungen inzwischen fast Standard seien. Allen in den Schlichtungsstellen Arbeitenden sei dafür zu danken. Ebenso danke er dem RVR, der die Schlichtungsstelle Steinkohle beheimate, sowie dem Rhein-Kreis Neuss, der die Schlichtungsstelle Braunkohle beheimate und administrativ unterstütze.

Die Betreiber des in Nordrhein-Westfalen noch sehr aktiven Salzbergbaus weigerten sich bisher, die Schlichtungsstelle ebenfalls zu nutzen. Man solle versuchen, dies in Zukunft zu erreichen.

In der letzten Sitzung habe sich der Unterausschuss mit den saarländischen Kollegen zu einem interessanten Austausch getroffen.

Danken wolle er seinem Stellvertreter für dessen Tätigkeit, aber auch den Ausschussmitgliedern insgesamt für die sachorientierte Arbeit. Dies habe ihm als Vorsitzendem Freude gemacht und die Arbeit erleichtert.

Er empfehle, den Unterausschuss in der kommenden Legislaturperiode erneut einzurichten, wenn das Parlament zu dem Schluss komme, dass die Themen in einem Ausschuss bearbeitet werden sollten.

Vorsitzender Georg Fortmeier vermutet, auch in der nächsten Wahlperiode werde ein solcher Unterausschuss wieder eingesetzt. Im Namen des Wirtschaftsausschusses danke er den Mitwirkenden im Unterausschuss herzlich für ihr Engagement. Deren Arbeit stelle eine deutliche Entlastung des Wirtschaftsausschusses dar.

Jörn Freynick (FDP) begründet anhand des Themas „Sicherheit“, warum er die Arbeit des Unterausschusses in der ablaufenden Legislaturperiode als äußerst spannend empfunden hat. Wichtig sei, dass sich Politik dieser Themen annehme und die nach wie vor vorhandene Bedeutung des Bergbaus verdeutliche. Nötig seien beispielsweise in puncto Sicherheit auch kritische Fragen. Ebenso wichtig seien die Auswirkungen von Gruben und Tagebauen auf Wasser, Infrastruktur, Gebäude usw.

Regelungen für vom Bergbau betroffene Gebiete müssten überdacht und darüber immer wieder ins Gespräch gekommen werden. Der Landesverband der Bergbaubetroffenen habe sich ebenso wie andere Verbände stets sehr konstruktiv eingebracht.

Sehr sachorientiert seien die Gespräche von Herrn Sundermann geführt worden. Der Unterausschuss habe sich immer bemüht, sich auf einem sehr hohen professionellen Niveau auszutauschen und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Diese Einstellung müsse ein Vorsitzender ausstrahlen, damit eine gute Atmosphäre herrsche. Das sei sehr gut gelungen. Die FDP-Fraktion danke Herrn Sundermann für die geleistete Arbeit. Auch den Kolleginnen und Kollegen sei für die sehr konstruktive Arbeit des Ausschusses zu danken. Für die Zukunft sei es wichtig, die Themen nicht aus dem Blick zu verlieren und weiter zu bearbeiten. Dafür wünsche er den künftig zuständigen Kolleginnen und Kollegen schon jetzt gutes Gelingen.

Wibke Brems (GRÜNE) schließt sich den Dankesworten an. Herr Sundermann habe den Ausschuss auf seine eigene Art und Weise geführt. Obwohl die dort behandelten Themen abseits der großen Öffentlichkeit stattfänden, seien sie sehr wichtig. Der Altbergbau werde die Politik noch lange beschäftigen, viele Personalkapazitäten in der Bergbehörde und weitere Regelungen benötigen.

Der Grubenwasseranstieg sei ebenso wenig mit dem Ende des Kohleabbaus abgeschlossen wie die Bergschadensregulierung. Nahe Bezüge zum Bergbau gebe es auch beim Thema „Hochwasser“. Diesen und weiteren wichtigen Themen solle man sich in der nächsten Legislaturperiode widmen.

Auch **Christian Loose (AfD)** bedankt sich für die sehr konstruktive Arbeit im Unterausschuss Bergbausicherheit. Der Dank gelte insbesondere dem Vorsitzenden, dem es gelungen sei, die Sitzung je nach Thema ernster oder humorvoller zu gestalten. Zu danken sei darüber hinaus den nicht der Politik zugerechneten Kolleginnen und Kollegen, nämlich den Betroffenenvertretern und den Vertreterinnen und Vertretern der Tagebaubetriebe. Sie hätten Gelegenheit gehabt, ihre Sicht im Unterausschuss darzustellen. Daraus fußend habe sich eine sachliche Diskussionsebene herausgebildet.

Für die gute und konstruktive Zusammenarbeit im Unterausschuss bedankt sich **Romina Plonsker (CDU)** namens ihrer Fraktion. Der Dank gelte insbesondere dem Vorsitzenden. Große Herausforderungen im Bergbau und darüber hinaus seien in der Arbeit deutlich geworden. Die Sachverständigen, denen sie ebenfalls danke, hätten sich immer wieder Zeit für den Austausch genommen. Ihre Tätigkeit zeige die Besonderheit dieses Ausschusses.

Ein großer Wunsch sei es, künftig den Salzbergbau in die Schlichtungsstelle aufzunehmen. Das erleichtere es vielen Bürgerinnen und Bürgern, sich mit bestimmten Problemen auseinanderzusetzen.

StS Christoph Dammermann (MWIDE) bestätigt, es habe immer viel Freude gemacht, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Ministeriums und der Bergbehörde den Unterausschuss zu begleiten.

2 Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 17/15255

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 17/16919

Ausschussprotokoll 17/1685 (Anhörung vom 12.01.2022)

Stellungnahmen

17/4657, 17/4678, 17/4692,

17/4698, 17/4704, 17/4718,

17/4720, 17/4725, 17/4824

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Wissenschaftsausschuss sowie an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 06.10.2021)

Ralph Bombis (FDP) erinnert, die FDP-Fraktion habe die hohe Bedeutung des Themas in der bisherigen Debatte bereits anerkannt. Daher sei innerhalb der NRW-Koalition schon lange und intensiv darüber diskutiert worden. Vor dem Hintergrund der schlimmen Entwicklungen der letzten Wochen gewinne die Kreislaufwirtschaft weiter an Bedeutung. Dennoch greife der SPD-Antrag die Kreislaufwirtschaft nicht als ganzheitliches Thema auf.

NRW solle keinen Sonderweg gehen und eigene Regulierungen oder Standardsetzungen vorantreiben. Das bringe die Kreislaufwirtschaft nicht voran, sondern behindere sie eher.

Nordrhein-Westfalen sei auf einem sehr guten Weg. In den vergangenen Jahren seien viele Bereiche in den Blick genommen und Akzente zur Förderung der Kreislaufwirtschaft gesetzt worden. Das solle durch den Entschließungsantrag verdeutlicht werden und dieser Weg fortgeführt werden.

Dietmar Bell (SPD) hält sowohl den SPD-Antrag als auch den Entschließungsantrag von CDU und FDP für eine gute Gesprächsbasis, um zu einer fraktionsübergreifenden Verständigung zu gelangen. Einige in der Anhörung genannten Punkte wie die steuerliche Begünstigung von kreislauffähigen Produkten oder Ausschreibungsvergaben im öffentlichen Dienst fänden sich im Entschließungsantrag wieder.

Allerdings gebe es nach Ansicht der SPD-Fraktion jenseits der Bundesebene und der europäischen Ebene durchaus auch Handlungsbedarf in Nordrhein-Westfalen. Deshalb fordere die SPD-Fraktion einen „Masterplan zirkuläre Wirtschaft NRW“ und ein Kompetenzzentrum „Zirkuläre Wirtschaft“. Ein deutlich ambitioniertes Vorgehen sei möglich.

Dr. Patricia Peill (CDU) bedankt sich für die Würdigung des Entschließungsantrages und bestätigt, er sei aus der Anhörung hervorgegangen. Die steuerliche Begünstigung und das Vergaberecht im öffentlichen Dienst seien der CDU sehr wichtig. Für das Gesprächsangebot zu diesem bedeutsamen Zukunftsthema danke sie.

Christian Loose (AfD) bedauert, CDU und FDP hätten nicht verstanden, dass Umweltschutz und Ressourcenschonung nichts mit CO₂ zu tun hätten. Die AfD-Fraktion spreche sich auch für eine Ressourcenschonung aus, wenn der CO₂-Ausstoß dadurch nicht verringert oder sogar erhöht werde. Umwelt- und Ressourcenschutz müssten als obere Ebene betrachtet werden.

Für eine gute Gesprächsgrundlage hält auch **Wibke Brems (GRÜNE)** die vorliegenden Anträge. Dabei sei keiner der beiden Anträge allumfassend.

Durch das Ende der Legislaturperiode bestehe leider nicht mehr die Möglichkeit, gemeinsam nächste Schritte auszuloten. Sie gehe von einer Einigkeit in einer Vielzahl von Aspekten aus.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion der GRÜNEN zu.

3 **Zeit für Taten beim Klimaschutz: Landespolitische Hemmnisse für den Ausbau der Windenergie konsequent abbauen**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15864

Ausschussprotokoll 17/1744 (Anhörung vom 09.03.2022)

Stellungnahmen
17/4868, 17/4848, 17/4847,
17/4867, 17/4866, 17/4856,
17/4852, 17/4865

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft,
Energie und Landesplanung am 16.12.2021)*

Wibke Brems (GRÜNE) erläutert, die im Antrag enthalten konkreten Vorschläge zur Vereinfachung und Beschleunigung der Windenergieplanung in Nordrhein-Westfalen würden durch die Stellungnahmen der Sachverständigen an vielen Stellen unterstützt.

Bedauerlicherweise hätten CDU und FDP in der Anhörung lediglich die pauschalen Mindestabstände zum Thema gemacht. Der vorliegende Antrag umfasse aber viel mehr. Positive Rückmeldungen habe es beispielsweise zur Idee der mobilen Teams gegeben. In Kommunen und Kreisen bestehe erheblicher Unterstützungsbedarf und Personalmangel. In vielen Fällen komme es zu Überforderungen – entweder durch die Masse der Anträge oder durch die Vielzahl von einzuhaltenden Vorschriften usw. Weitere Leitfäden und klare Leitlinien würden benötigt, damit nicht in jeder Kommune und jedem Kreis separat entschieden werden müsse, wie verfahren werde.

Obwohl Ministerpräsident Wüst nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine einen fundamentalen Kurswechsel bei der Energieversorgung angekündigt habe, werde diese Chance anscheinend nicht genutzt, um Veränderungen zu erreichen. Das sei ein fataler Fehler.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) legt dar, die lebhaft und interessante Anhörung habe skizziert, an welchen Aufgaben weiterhin gearbeitet werden müsse. Um die Klimaziele zu erreichen, müsse das 1.000-m-Abstandsgebot fallen. Ganz deutlich habe die Anhörung dies gezeigt. Darin schlummere viel Potenzial. Über die Notwendigkeit, die Klimaziele einzuhalten, bestehe sehr weitgehende Übereinstimmung.

Der Verband kommunaler Unternehmen habe sich mit den Modalitäten in den Behörden auseinandergesetzt und Überlegungen angestellt, an welchen Stellen Personal ausgebaut werden müsse und was in der Gerichtsbarkeit passieren könne. In den Verfahren zur Artenschutzprüfung könne man durchaus anders vorgehen als bisher. Auch dies sei verdeutlicht worden. Hierzu stehe ein mathematisch besseres Verfahren zur

Verfügung, durch das genau nachgewiesen werden könne, welche Arten in den potenziellen Flächen gefährdet würden und wo eine Gefährdung nur gemutmaßt werden könne. Auf dieses probabilistische Verfahren solle künftig umgestellt werden. Möglicherweise könne so im Dialog mit Naturschutzverbänden wie dem BUND, NABU etc. eine Befriedung der Situation erreicht werden.

Insgesamt habe die Anhörung den Antrag bestätigt; in der Richtung solle weitergegangen werden.

Dietmar Brockes (FDP) widerspricht, das Ergebnis der Anhörung sei ein anderes gewesen. Insbesondere der Vertreter des Städte- und Gemeindebundes habe sehr deutlich gemacht, dass die 1.000-m-Regelung die Akzeptanz fördere, den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit gebe und so den Ausbau der Windenergie unterstütze. Zudem könnten die Kommunen dadurch auf die Ausweisung von Vorrangflächen verzichten. So stehe mehr Fläche zur Verfügung.

Die Anhörung habe das Gegenteil dessen erbracht, was sich die Grünen erhofft hätten; der Antrag sei überholt.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) unterstreicht, über das Ziel, nämlich die Energiewende zu schaffen, bestehe Einigkeit; über den Weg dorthin gebe es sehr unterschiedliche Auffassungen. Das sei auch deutlich aus den Stellungnahmen der Sachverständigen herauszuhören gewesen.

Aus dem Antrag gewinne man den Eindruck, als ob sich die Energiewende allein auf Windkraft stützen solle. Das sehe er anders. Die Landesregierung gehe davon aus, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre die Nennleistung bei der Windkraft von 6 GW auf 12 GW verdoppelt werden könne. Bei der Photovoltaik könne voraussichtlich sogar eine Steigerung von 6 GW auf 24 GW erreicht werden.

Die Kritik an der 1.000-m-Regelung sei nicht nachvollziehbar. Diese Regelung habe für Rechtssicherheit und Akzeptanz gesorgt. Für die Bewohner in stark belasteten Gebieten stellten sie das Minimum dar. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz setze nur geringfügig niedrigere Vorgaben.

Unklar bleibe in der Diskussion bisher, ob 2 % der Landesfläche, der Bundesfläche oder gar der jeweiligen kommunalen Fläche in Rede stünden. Lichtenau mit einer Fläche ähnlich wie Düsseldorf erbringe die höchste Nennleistung in ganz Nordrhein-Westfalen. Dass in ländlichen Regionen mehr Windenergie erwirtschaftet werden könne, sei klar und werde allgemein akzeptiert. Nun werde allerdings darüber gesprochen, auch Kalamitätsflächen für den Windenergieausbau zu nutzen. Diese Areale seien die letzten freien Flächen in Lichtenau.

Im Kreis Paderborn befänden sich aktuell 536 Windenergieanlagen in Betrieb. Vieles werde geplant, repowert und neu gebaut. Im Moment könne davon ausgegangen werden, dass sich die Nennleistung zwischen 2020 und 2030 im Kreis Paderborn verdreifache. Funktioniere das in einem so stark belasteten Gebiet die dem Kreis Paderborn, müsse es überall machbar sein.

In der Argumentation werde häufig der große Fortschritt im Bereich „Windkraft“ vergessen. Durch den Ersatz einer 20 Jahre alten Windenergieanlage, verzehnfache sich die Nennleistung. Der Ertrag steige sogar um das Zwanzigfache, weil auch der Schwachwind inzwischen ausgenutzt werde und sich die unterjährigen Laufzeiten änderten.

In der Betrachtung der Grünen liege das Augenmerk zu wenig auf der Akzeptanz. Der Kreis Paderborn liege beim Windkraftausbau weit vorn. Wahrscheinlich als einziger Kreis sei er unter dem Strich schon in der Lage, mehr Strom zu produzieren als er verbrauche. Doch auch bei den Problemen liege der Kreis Paderborn vorne. Es habe sich gezeigt, dass Akzeptanz einen ganz wichtigen Punkt darstelle. Sie werde nicht durch einen weiteren unkontrollierten Ausbau erreicht. Die 1.000-m-Regelung unterstütze einen kontrollierten Ausbau. Sie diene der Planungs- und Rechtssicherheit und Sorge so für weniger Klageverfahren. Dies erhöhe die Ausbaugeschwindigkeit.

Christian Loose (AfD) betont, die Anhörung habe verdeutlicht, dass die Bürgerinnen und Bürger vor riesigen Windindustrieanlagen geschützt werden müssten. Rechtsanwalt Mock habe erklärt, viele Klagen würden bislang gar nicht von den Betroffenen geführt, sondern von der Windlobby, um Anlagen zum Beispiel näher an der Wohnbebauung entstehen zu lassen. Ein Familienbetrieb in Münster habe angesichts der Belästigungen durch die nahe gelegene Windindustrieanlage nach mehreren Generationen aufgeben.

Das RWI – Leibniz-Institut komme zu dem Ergebnis, dass der Wertverlust von Immobilien für die Landbevölkerung bei bis zu 23 % liege, wenn Windindustrieanlagen in weniger als 1.000 m Abstand gebaut würden. Gründe hierfür lägen unter anderem beim Infraschall und beim Körperschall.

Laut Herrn Dr. Ahlborn reichten 2 % der Landfläche nicht im Ansatz aus, um wenigstens 80 % der Stromversorgung sicherzustellen. Der Experte halte es auch für völlig ausgeschlossen, dass Deutschland durch die sogenannten Erneuerbaren jemals unabhängig von Russland werden könnten, und habe dies mit Zahlen hinterlegt.

Die AfD-Fraktion fordere einen erweiterten Schutz der Menschen durch einen größeren Abstand, der von der Höhe der Anlage abhängt. Der Abstand solle dabei die zehnfache Höhe der jeweiligen Windindustrieanlage betragen.

StS Christoph Dammermann (MWIDE) führt aus:

Sowohl die heutige Diskussion als auch die Sachverständigenanhörung haben die Vielfalt der Sichtweisen auf das Thema deutlich gemacht. Die Relevanz ist weitgehend unbestritten. Sie ist durch den Angriffskrieg Russlands verstärkt worden, aber sie war auch schon vorher gegeben.

Ich finde es richtig, dass wir uns mit den Hemmnissen des Windkraftausbaus auf allen Ebenen beschäftigen. Wir schauen auf die Landesebene, bringen uns aber auch sehr intensiv in die Diskussion auf Bundesebene ein. Es gibt ja vom Gesetz vorgesehene Gremien, in denen Bund und Länder gemeinsam austauschen, wie sie den Ausbau realisieren.

Allen Beteiligten ist klar, dass es nicht um 2 % in jedem Land geht, sondern dass das etwas mit Bevölkerungsdichte zu tun hat. Das ist auch den Bundesländern mit einer geringeren Bevölkerungsdichte klar. Insofern ist niemand, der von 2 % spricht, der Meinung, dass dieser Wert auch für Nordrhein-Westfalen gilt. Als dichtbesiedeltes Land werden wir am Ende bei unter 2 % liegen.

Sie wissen, wir sind in der relativen Betrachtung der Bundesländer sehr gut unterwegs und nehmen Platz 3 beim Nettozubau in 2021 ein. Bei den neuen Genehmigungen lagen wir hinter Niedersachsen und Brandenburg auch auf Platz 3.

Aber die Rückschau soll nicht davon ablenken, dass wir für die Zukunft noch ambitionierter werden wollen. Wir haben uns bekanntlich eine installierte Leistung von 12 GW für 2030 vorgenommen. Dadurch tritt keine Energieautarkie ein. Wir werden die Themen der Versorgungssicherheit im Strombereich nicht nur mit Onshore-Wind lösen. Wir werden zusätzlich den Offshore-Wind und die Leitungen ins Industrieland Nordrhein-Westfalen brauchen. Insofern ist das keine Einzeldisziplin, sondern ein Zehnkampf, bei dem wir gemeinsam schauen müssen, was wir tun können.

Wir haben uns entschieden, uns in der Energieversorgungsstrategie mit der behutsamen Öffnung des Waldes vor allen Dingen durch Kalamitätsflächen neue Flächenpotenziale zu erschließen.

Die Argumente zur 1.000-m-Abstandsregelung sind weitgehend ausgetauscht. Aber ich will in Erinnerung rufen, die 1.000 m gelten nur, wenn wir über das privilegierte Bauen sprechen. Wenn vor Ort hinreichend Akzeptanz vorhanden ist, gibt es keine Beschränkung, die Stadträte hindert, in Bebauungsplänen Abstände von unter 1.000 m auszuweisen.

Vor einigen Tagen hat mir jemand erzählt, es gäbe Dörfer – ich glaube, im Sauerland, es könnte aber auch um das Münsterland gegangen sein –, in denen in fast jedem Garten ein Protest gegen Windanlagen gestanden hätte, sich diese Protestschilder jetzt aber sukzessive reduzieren würden, weil viele verstanden haben, dass jeder seinen Beitrag leisten muss. Auch das kann in einer Kommune dazu führen, dass man in einem ganz normalen Bauleitplanverfahren, wie wir es für alle anderen Themen kennen, entsprechende Flächen definiert. Wenn sich dann Mehrheiten bilden, ist das der bessere Weg, weil er zur höheren Akzeptanz führt. Insofern habe ich mit Interesse gelesen, dass gerade der Städte- und Gemeindebund, der nahe an diesen Themen ist, unsere gesetzliche Regelung ausdrücklich bestätigt hat. Aber noch mal: Sie bezieht sich nur auf privilegierte Bauvorhaben.

Zum Thema „Planungs- und Genehmigungsverfahren“ will ich gerne alle Anregungen aufnehmen. Wir denken vor allen Dingen an die Beschleunigung durch Digitalisierung. Ich glaube, da ist noch eine Menge möglich. Wir haben uns in den letzten Jahren sehr intensiv in einem Arbeitskreis mit der Industrie und vor allem dem Umweltministerium mit einem Leitfadens für Genehmigungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz beschäftigt. Wir wollten die Verfahren optimieren. Der Leitfaden ist vor wenigen Wochen veröffentlicht worden und hat jedenfalls in der Fachszene, also bei den Regierungsbehörden, eine gute Aufnahme gefunden, damit es effizienter und rechtssicherer geht. Das ist ein Beitrag, den man leisten kann. Wenn in

der nächsten Legislaturperiode über andere Zuständigkeiten diskutiert wird, kann man das tun. Vom Grunde her bin ich erst mal im Herzen Kommunal, wie ich gerade schon bei der Bauleitplanung gesagt habe. Da sind die Dinge bei der Kommune. Wenn die Genehmigungsbehörden auf Kreisebene liegen, hat das seine Vorteile. Wenn man sich am Ende entscheidet, dass das besser auf Bezirksebene angesiedelt ist, bin ich nicht apodiktisch dagegen. Dann holt man es halt von der kommunalen auf die staatliche Ebene.

Wir haben uns im Bundesrat auch für eine Beschleunigung von Repowering-Verfahren eingesetzt und das Thema „2 %“ sehr konstruktiv begleitet. Ich glaube, damit haben wir eine ganze Reihe von Punkten auf Grundlage unserer Energieversorgungsstrategie bearbeitet.

Noch mal: Ich will kein Gegeneinander zwischen dem, was der Bund zu tun hat und dem, was wir zu tun haben. Aber wenn wir beschleunigen wollen, dann schauen wir zurzeit natürlich mit sehr viel Interesse darauf, was die Bundesregierung vorlegt. Es gibt erste Referentenentwürfe des Osterpakets. Die Beschleunigungsverfahren sind überwiegend fürs Sommerpaket vorgesehen. Wir haben noch mal nachhaltig vorgebracht, dass wir das gerne beschleunigt sehen würden. Wir hoffen, dass wir das gemeinsam hinkriegen.

Wibke Brems (GRÜNE) wünscht sich für die kommende Plenardebatte ein anderes Diskussionsniveau über diese Thematik. Der Antrag habe sich keineswegs von selbst erledigt, nur weil einer von elf Beschlusspunkten aus Sicht der FDP-Fraktion überholt sei.

Explizit gehe es im Antrag um 2 % der Landesfläche. Selbstverständlich sei es auch in Nordrhein-Westfalen möglich, diesen Wert zu erreichen. Es gehe um die Frage, wie Wertschöpfung und eine Energieversorgung durch erneuerbare Energien innerhalb des Landes erreicht werden könnten. Trotzdem werde NRW auf Offshore-Windenergie usw. angewiesen bleiben. Die Verantwortung könne nicht auf andere abgeschoben werden. Die Verteilung der Windenergiegewinnung werde sich aufgrund der verschiedenen Potenziale der Kommunen stark unterscheiden.

Es gebe einen deutlichen Unterschied in der Einschätzung durch die Kommunen. Der Städte- und Gemeindebund unterstütze zwar die geltende Abstandsregelung, doch Landkreistag und Städtetag lehnten sie ab und hätten entsprechende Beschlüsse gefasst.

Richtig sei es, Kalamitätsflächen in die Überlegungen einzubeziehen. In der noch nicht offiziell vorgestellten LANUV-Studie werde klar, dass die Klimaziele ohne diese Flächen nicht mehr erreicht werden könnten.

In Bezug auf Digitalisierung bestünden sicherlich Optimierungsmöglichkeiten. Der Kreis Gütersloh ermögliche es bisher als einziger Kreis in Nordrhein-Westfalen, Genehmigungsunterlagen für Windenergieanlagen online einzureichen. Die dafür nötigen Dateien könnten aufgrund ihres Umfangs nicht per Mail verschickt werden. Ein geeignetes landesweites System fehle. Dafür und für eine Beschleunigung des Ablaufs sei eine Standardisierung der Genehmigungsverfahren erforderlich.

Dietmar Brockes (FDP) betont, die Anhörung habe die Bedeutung der Abstandsregelung unterstrichen. Diese Frage hätten die Grünen in der Vergangenheit als entscheidend angesehen. Insofern habe er sich bewusst auf diesen Aspekt fokussiert.

Vom Osterpaket des Bundesministers erwarte er Fortschritte für die Genehmigungsverfahren. Es sei nämlich Aufgabe des Bundes, für einheitliche Vorgaben zu sorgen. Dem stehe die FDP nicht entgegen. NRW liege beim Ausbau vorne. Würden die Genehmigungsverfahren erleichtert, begrüße die FDP-Fraktion dies sehr.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ab.

4 Aufschwung durch Ausbildung: Fachkräfte jetzt für das Morgen gewinnen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15879

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16898

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung am 15.12.2021)

Frederick Cordes (SPD) erinnert, Unternehmen gingen immer mehr dazu über, sich dort anzusiedeln, wo genügend Fachkräfte vorhanden seien. Das Prinzip „Jobs follow People“ sowie der Fachkräftemangel würden in NRW künftig für noch mehr Bereiche und Themen bedeutend. Im Handwerk sei der Fachkräftemangel bereits zur größten Wachstumsbremse geworden. In ganz NRW fehlten gegenwärtig 240.000 beruflich qualifizierte Fachkräfte. Laut Schätzungen der IHK NRW erhöhe sich dieser Mangel bis 2035 auf etwa 1,1 Millionen Menschen.

Diese Entwicklung zeige sich in den Berufsausbildungen drastisch. In 2021 sei die Zahl der unterschriebenen Ausbildungsverträge in NRW auf einen Negativrekord von knapp 100.000 gesunken. Der Blick auf die Vorjahre zeige, dass diese Zahl nicht nur mit Corona zusammenhänge.

Die Versorgung des Arbeitsmarktes mit Fachkräften sei in der Enquetekommission zur Zukunft des Handwerks als eine der bedeutenden Fragen der Zukunft gesehen worden. Auch die Ziele zu Energiewende, Transformation und Digitalisierung könnten nur erreicht werden, wenn genügend Fachkräfte zur Umsetzung zur Verfügung stünden.

In den Änderungsantrag sei das Feedback von Unternehmen, Handwerk, Gewerkschaften und Handwerkskammer eingeflossen.

Gegenwärtig bildeten nur noch 20 % der Betriebe in Deutschland aus, während alle Betriebe von den Fachkräften profitierten. Kaum Unternehmen seien noch bereit, in Ausbildung zu investieren oder gar über ihren eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Durch eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie solle allen jungen Menschen eine Berufsausbildung garantiert werden. Auf diese Weise beteiligten sich zudem alle Unternehmen an den Kosten der Ausbildung. Letztendlich profitiere jeder von einer solchen Umlage.

Noch immer steckten zigtausend junge Menschen in dem Übergangssystem zwischen Schule und Berufsausbildung oder Studium. Diese Potenziale sollten durch eine umfassende und langfristige Erhebung der Schülerindividualdaten gehoben werden, um

den Übergang von Schule zu Beruf zu stärken. An das erfolgreiche Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ solle angeknüpft und es ausgebaut werden.

Neben ausreichend attraktiven Ausbildungsplätzen müsse es attraktive Lehr- und Lernmöglichkeiten geben. Laut Auskunft des Schulministeriums fehlten im Jahr 2040 ungefähr 5.000 Lehrkräfte an Berufskollegs in NRW. Die SPD wolle den Quereinstieg fördern, damit Fachkräfte von heute wieder die Fachkräfte von morgen ausbilden könnten. Attraktive Berufskollegs und Bildungszentren der Wirtschaft sollten im ganzen Land angeboten werden und nicht nur vereinzelt zur Verfügung stehen. Dafür solle ein Sanierungs- und Modernisierungspaket „Gute Berufskollegs 2030“ in Anlehnung an das Programm „Gute Schule 2020“ aufgelegt werden.

Die Situation in NRW sei heterogen. Während die Zahl der Ausbildungsplätze die Anzahl der Ausbildungsplatzsuchenden in manchen Regionen übersteige, verhalte es sich in anderen Landesteilen genau andersherum. Darum stelle Mobilität einen entscheidenden Faktor dar. Durch den Ausbau von Azubi-Wohnheimen und die Einführung eines echten Azubi-Tickets könne diese Mobilität gewährleistet werden.

Damit sich Ausbildung langfristig gegenüber einem Studium auszahle, solle die Meister-Ausbildung analog zum Masterstudiengang an der Hochschule kostenfrei werden.

Der Antrag stelle einen umfassenden Entwurf zur Bekämpfung des eklatanten Fachkräftemangels und zur Gewinnung von Fachkräften für den Transformationsprozess dar. Nicht nur die Unternehmen profitierten von diesem Antrag, sondern auch die jungen Menschen, die gerade ihre ersten Schritte auf einem eigenständigen Lebensweg gehen wollten.

Fachkräftemangel sei ein Thema von hoher Bedeutung, bestätigt **Ralph Bombis (FDP)**. Viele inhaltliche Punkte des Antrags seien durch das Handeln der NRW-Koalition und der Landesregierung bereits erledigt; das gelte jedoch nicht für das Problem selbst. Der Fachkräftemangel nehme seit Jahren in vielen Branchen zu; er könne nicht durch einzelne Maßnahmen behoben werden und sei inzwischen konjunkturbedrohend.

Über viele Jahre sei der Fehler gemacht worden, eine akademische Ausbildung als vorzugswürdig zu propagieren. Die Attraktivität dualer Ausbildung müsse in allen Bereichen wieder erhöht werden. Dazu gehöre, den Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern deutlich zu machen, dass auch duale Ausbildungen sehr erfolgreiche und zufriedenstellende Lebenswege ermöglichen.

Die FDP teile das Anliegen, Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu sichern. Im Gegensatz zur SPD-Fraktion verträten CDU und FDP allerdings die Ansicht, dies nicht allein durch staatliche Vorgaben sicherstellen zu können. Die Koalition habe die Wirtschaft von Anfang an als Partner der Politik begriffen und wolle partnerschaftlich mit den Betrieben zusammenarbeiten. Darauf fußten die erreichten Erfolge der letzten Jahre.

Die Bekämpfung des Fachkräftemangels werde noch viele Jahre Thema sein und dürfe sich nicht auf den Ausbildungsbereich beschränken, sondern müsse qualifizierte

Einwanderung und andere Maßnahmen einbeziehen. Auch Digitalisierung könne einen Beitrag dazu leisten.

Dr. Christian Untrieser (CDU) betont, der Antrag spreche viele wichtige Aspekte an. Ausbildung sei unglaublich wichtig. Jedem Menschen in NRW müsse eine gute schulische und berufliche Ausbildung geboten werden. Das liege nicht nur im Interesse der Menschen, sondern auch der Wirtschaft.

Die demografische Entwicklung bereite Sorgen. In den kommenden Jahren gingen viel mehr Menschen in den Ruhestand als Nachwuchskräfte nachrückten. Das Land könne es sich nicht mehr leisten, Menschen nicht in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Vieles sei schon in Gang gesetzt worden. Als erstes Bundesland habe Nordrhein-Westfalen beispielsweise die Förderung für die Grund- und Fachstufenlehrgänge der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisungen im Handwerk auf ein Drittel der Kosten angehoben. Die Meisterprämie sei aus Landesmitteln um zwei Drittel gesteigert worden. Hinzu kämen die jährliche Förderung der Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ in Höhe von 14 Millionen Euro, das „Ausbildungsprogramm NRW“ und das „Werkstattjahr“. 50 Millionen Euro stünden für „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ zur Verfügung. Das Azubi-Ticket habe NRW als erstes Bundesland eingeführt.

In den letzten Jahren sei oft zu sehr das Studium als einzig adäquater Weg für junge Menschen in den Mittelpunkt gerückt worden. Das sei keineswegs so. Viel stärker müsse es wieder um duale Ausbildung gehen. Hierzu sei schon vieles angestoßen worden. Für die nächsten 10 bis 20 Jahre werde die Bekämpfung des Fachkräftemangels eine große Aufgabe bleiben.

Christian Loose (AfD) meint, der vorliegende Antrag biete zwar eine richtige Analyse des bedauerlichen Zustands bei der Infrastruktur und auf dem Bildungssektor, allerdings dürfe nicht vergessen werden, dass die Antragssteller in der Vergangenheit selbst für diese Misere mit verantwortlich gewesen seien.

Der dringende Handlungs- und Investitionsbedarf im dualen System sei vernachlässigt worden, und zwar auch deshalb, weil sich die schulpolitische Diskussion während der letzten 30 Jahre auf das Gymnasium und das Abitur konzentriert hätten. Die mittleren Schulsysteme seien – auch wegen des aufgebauten Images – stets finanziell vernachlässigt worden.

Auch die einseitige Argumentation über die sogenannte Energiewende zeige, dass der Ernst der Lage nicht erkannt werde. Die Anforderungen bei Neubauten würden ständig erhöht; PV-Anlagen sollten auf Dächern angebracht und auf effizientere Heizsysteme umgestellt werden. Gleichzeitig werde ein Fachkräftemangel im Handwerk beklagt. Allein 40.000 Heizungsmonteure fehlten aktuell.

Der Fokus solle auf wichtigere Bereiche wie die Sanierung maroder Brücken gelegt werden, um Situationen wie an der Rahmende-Talbrücke künftig zu verhindern.

Wibke Brems (GRÜNE) hebt ihrer Ansicht nach besonders wichtige Punkte des Antrags hervor. Dazu gehörten die bessere Inklusion im Ausbildungsmarkt, die Abschaffung von Ausbildungskosten und die Möglichkeit, kostenfrei eine Weiterbildung zum Meister zu absolvieren, um so die Angleichung von Ausbildung und Studium zu forcieren. Das Studium sei nicht der einzig richtige Weg. Gerade im Handwerk würden viele Fachkräfte benötigt, um die anstehenden Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Auch die Forderung einer Kostenvergünstigung bei gleichzeitiger Leistungsverbesserung des Azubi-Tickets könne sie unterstützen.

Ralph Bombis (FDP) betont, die Rahmenbedingungen für ein Studium und eine berufliche Ausbildung seien nicht vergleichbar. Bei dem von CDU und FDP eingeführten Azubi-Ticket müsse berücksichtigt werden, dass Auszubildende öffentliche Verkehrsmittel auch in anderen Städten und Gemeinden und zu anderen Uhrzeiten als Studierende nutzten. Insofern könne es nicht mit dem NRW-Ticket für Studierende verglichen werden. Eine finanzielle Gleichstellung von Studium und beruflicher Ausbildung könne aufgrund umfangreicher Unterschiede nicht erreicht werden.

Selbstverständlich wende sich die FDP nicht grundsätzlich gegen staatliche Rahmenbedingungen. Gleichzeitig müsse darauf geachtet werden, nicht zu interventionistisch zu agieren und mit der Wirtschaft als Partner zu handeln. An diesem Punkt vertrete die FDP eine grundsätzlich andere Auffassung als SPD und Grüne.

StS Christoph Dammermann (MWIDE) unterstreicht die schon jetzt überragende und noch zunehmende Bedeutung der Fachkräftegewinnung. Erfreulicherweise habe der Landtag entschieden, den Antrag federführend im Wirtschaftsausschuss zu behandeln, auch wenn die Verantwortung für die berufliche Bildung und Ausbildung in NRW im Arbeits- und Schulministerium liege.

Die Landesregierung habe die Agenda „Berufliche Bildung“ vorgelegt und konkrete Handlungsfelder beschrieben. Das Wirtschaftsministerium unterstütze Berufskollegs wo immer möglich aus eigenen Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung. Dies stoße auf sehr positive Resonanz.

An der Gewinnung von Fachkräften müsse in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam weitergearbeitet werden.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ab.

- 5 Zielabweichungsverfahren gemäß § 6 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 16 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LPIG NRW) von Ziel 6.5-8 des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) auf Antrag der Stadt Witten für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 252 – Ann – Westfalenstraße, Annenstraße**

Vorlage 17/6554

Der Ausschuss stellt das Benehmen zum Zielabweichungsverfahren her.

6 Entwurf einer sechsten Verordnung zur Änderung der Landesplanungsgesetz-DVO

Vorlage 17/6634

Auf eine Frage des Abgeordneten **Frank Sundermann (SPD)** eingehend, erläutert **LMR'in Dr. Renz (MWIDE)**, § 40 Abs. 2 (neu), durch den Raumordnungsverfahren auch auf Antrag des Vorhabenträgers durchgeführt werden könnten, gehe auf Anregungen aus der Industrie zurück, die eine solche Regelung für Leitungen erbeten habe. Die Regelung sei zum Beispiel auch im Zusammenhang mit der ICE-Neubautrasse im Regionalrat Detmold diskutiert worden. Möglicherweise komme der Paragraph dort auch zur Anwendung. Er gestalte aber kein Recht; es handele sich um ein raumordnerisches Gutachten. Die ICE-Neubautrasse durchlaufe danach, darauf aufbauend, trotzdem ein Regionalplanverfahren. Der Regionalrat werde an einem Raumordnungsverfahren in üblichem Maße beteiligt: Die für das Verfahren verantwortliche Bezirksregierung werde den Regionalrat hören.

Der Ausschuss stellt das Benehmen her.

(Der Ausschuss hat sich entgegen der ursprünglichen Tagesordnung darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt als TOP 7 zu behandeln.)

7 Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW

Vorlage 17/6600

StS Christoph Dammermann (MWIDE) trägt vor:

Die konjunkturelle Lage ist zurzeit noch etwas stärker von dem Krieg in der Ukraine geprägt. Die entsprechenden Institute haben ihre Prognosen gesenkt und tun dies weiterhin. Die durch die Pandemie ohnehin bereits angespannten Lieferketten werden zusätzlich belastet.

Deutschland bezog beispielsweise mehr als die Hälfte des Vanadiums sowie rund ein Viertel des Nickels und Palladiums aus Russland. Insgesamt bezog Deutschland mineralische Rohstoffe mit einem Wert von vier bis fünf Milliarden Euro aus Russland. Neben anhaltenden Lieferengpässen und der direkten Betroffenheit durch den Krieg wird die gesamte deutsche Wirtschaft hart von hohen Preisen betroffen. Insofern sorgt der Krieg für einen Angebotsschock, ähnlich wie die Ölkrise in den 1970er-Jahren weltweit Wohlstand kostete.

Insgesamt trüben sich die Konjunkturaussichten also ein. Gemessen an den derzeitigen Herausforderungen scheint die deutsche Wirtschaft jedoch recht widerstandsfähig zu sein. Neben einem Krieg und angespannten Lieferketten ist auch die Pandemie noch nicht überwunden. Die solide wirtschaftliche Entwicklung wird bisher von einer wiedererstarkenden Weltwirtschaft und der guten Entwicklung am heimischen Arbeitsmarkt getragen: Die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen liegt nur noch leicht über ihrem Vor-Corona-Wert; die Arbeitslosenquote sank im Vergleich zum Vormonat auf 6,8 %. Die Beschäftigung im Land entwickelt sich weiterhin positiv und sogar besser als im Bund. All dies spricht für die Resilienz der deutschen Wirtschaft. Klar ist aber auch, dass derzeit alle Prognosen mit entsprechenden Unsicherheiten behaftet sind.

Seit mehr als zwei Jahren unterstützt die Landesregierung im engen Schulterschluss mit dem Bund die nordrhein-westfälischen Solo-Selbstständigen, Angehörigen der freien Berufe und Unternehmen mit den pandemiebedingten Wirtschaftshilfen. Die positive Zwischenbilanz, die wir bereits hier im Ausschuss gezogen habe, möchte ich erneut unterstreichen. Es ist uns gelungen und es gelingt auch weiterhin, unsere Wirtschaft durch die herausfordernden Zeiten einer plötzlich auftretenden weltweiten Pandemie zu führen.

Diese Einschätzung teilt allgemein auch eine Analyse des Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank, das in einer Analyse vom Jahresbeginn zu dem Schluss kommt, dass die vielen Wirtschaftshilfen Unternehmen dabei unterstützt haben, besser mit den Auswirkungen der Pandemie zurecht zu kommen.

Die besonders stark von der Pandemie betroffenen Sektoren, wie beispielsweise das Gastgewerbe, aber auch die Hotellerie und alles, was am Tourismus hängt sowie das gesamte Veranstaltungsgewerbe, haben überdurchschnittlich von Hilfsmaßnahmen profitiert. Wir befinden uns im regelmäßigen Austausch gerade mit diesen Unternehmen. Ich will betonen, wie stark sie davon profitiert haben, aber auch sagen, die meisten Unternehmer, die ich kenne, schreiben lieber Rechnungen als Förderanträge. Natürlich wäre es schöner, wenn die Unterstützung nicht mehr nötig wäre.

Mit weiteren Öffnungsmaßnahmen, die am Wochenende anstehen, beginnt die Rückkehr in die Normalität. Wir haben das in den vergangenen Wochen schon schrittweise gemacht. Ich bin kein großer Freund des Wortes „Lockerungen“. Es ist eigentlich eher ein Wiederbetonen der Eigenverantwortung. Es geht um verantwortungsvolle Schritte, die sowohl die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger aber eben auch der Unternehmerinnen und Unternehmer aufnehmen.

Angesichts der derzeitigen weltpolitischen Lage halten wir es für eine unserer zentralen Aufgaben, die Wirtschaft bestmöglich aus der Pandemie herauszuführen. Natürlich spüren wir an ein paar Stellen – das ist nun mal bei solchen Nachrichtenlagen so –, dass manche Kauf- und Investitionszurückhaltung vorhanden ist. Das wird man nicht nur aus der Pandemie heraus begründen können, sondern ist der Gesamtsituation geschuldet.

Ganz allgemein können wir den Trend der Entspannung auch anhand unserer Antragszahlen nachvollziehen. Bei einigen Unternehmen besteht nach wie vor Bedarf an den verlängerten Wirtschaftshilfen. Die Antragszahlen sind jedoch im Vergleich zu früheren Programmen deutlich zurückgegangen, auch weil weitere branchenübergreifende Lockdowns vermieden werden konnten. Ein wichtiges Sicherheitsnetz ist weiterhin die Überbrückungshilfe, deren derzeit vierte Förderphase bis Ende Juni verlängert worden ist. Die hierfür notwendige Änderung der FAQ des Bundes wird in Kürze veröffentlicht.

Für die Veranstaltungsbranche, mit der wir in sehr engem Austausch stehen, freut es mich, mitteilen zu können, dass der Bund der Bitte der Wirtschaftsministerkonferenz zur Prüfung weiterer Optionen nachgekommen ist. Die Veranstaltungsbranche lebt ja von längeren Bestellzyklen. Während eine Gastronomie innerhalb von ein, zwei oder drei Wochen wieder öffnen kann, werden größere Veranstaltungen eher mit einem Vorlauf von drei, vier oder fünf Monaten geplant. Deshalb werden Ausfall- und Vorbereitungskosten für Veranstaltungen nun im Zeitraum von September 2021 bis März 2022 erstattet. Vorher war die Erstattung auf einschließlich Dezember 2021 begrenzt. Wir wollen unsere nordrhein-westfälischen Karnevalsvereine nicht vergessen, für die das ebenfalls eine wichtige Botschaft ist. Auch erweiterte Abschreibungsregelungen in den Überbrückungshilfen für Frühjahrs- und Sommersaisonswaren stehen Unternehmen zur Verfügung, soweit diese noch benötigt werden.

Der Blick richtet sich eher auf einen Re-Start. Darüber stehen wir mit den betroffenen Branchen im Austausch. Wir werden auch in diesem Jahr schauen, was wir vor allen Dingen für das Tourismusland Nordrhein-Westfalen und was wir gemeinsam mit der Veranstaltungsbranche tun können. Ich habe vorhin schon angedeutet,

entscheidend ist nicht, möglichst viele Wirtschaftshilfen auszuzahlen. Das ist eigentlich nur ein notwendiges Übel. Entscheidend ist, möglichst gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, damit wir mit einer guten Ausgangslage für diese vielen Unternehmen in den Sommer gehen können.

Oliver Kehrl (CDU) unterstreicht, einige Branchen seien sowohl von der Coronakrise als auch von dem Ukrainekrieg betroffen. Das könnten die besten Hilfsprogramme irgendwann nicht mehr ausgleichen. Gerade in einer Stadt wie Köln sehe man wie in einem Brennglas die gegenseitigen Abhängigkeiten von Veranstaltungsszene, Künstlern, dem Flughafen, der Messe sowie den Hotels und Restaurants. Große Innenstädte hätten es deutlich schwerer als Kleinstädte oder Stadtteile. Das Leben sei dort längst noch nicht wieder auf dem Vorkrisenniveau angekommen. Leere Hotels und Brauhäuser zeigten dies deutlich. Die Hotels hätten inzwischen so viele Kapazitäten frei, dass sie – glücklicherweise – helfen könnten, Geflüchtete aus der Ukraine unterzubringen.

Kritisch sehe es auch für die Kölner Messe aus. Ganze Geschäftsmodelle würden auf lange Sicht infrage gestellt. Hinzu kämen steigende Energiepreise, die zusätzlich auf ohnehin stark betroffene Branchen einwirkten und neue Herausforderungen mit sich brächten. So schlugen sich erhöhte Kraftstoffkosten für Lebensmittellieferungen in den Gastronomiepreisen nieder.

Er danke der Landesregierung für eine sehr, sehr gute Krisenpolitik. Die Soforthilfe sei sehr gelobt worden, auch wenn es noch immer Abstimmungsbedarf in Einzelfällen gebe. Viele Branchen äußerten den Wunsch, dafür in den Bezirksregierungen eine Taskforce einzurichten, an die sich sowohl die Steuerberater als auch die Unternehmen selbst wenden könnten. Viel Lob hätten auch die Sonderregelungen des Landes für Solo-Selbstständige erfahren. Den neuen Bundeswirtschaftsminister bitte er, in gleicher Weise für die Wirtschaft in Deutschland zu verfahren wie sein Vorgänger.

Die Überbrückungshilfen seien ausbezahlt worden. Nun gehe es darum, sie über den prüfenden Dritten final abzurechnen. Alle Beteiligten wünschten sich ein möglichst unbürokratisches Verfahren. Gegenwärtig bestehe noch eine gewisse Unsicherheit bei den Unternehmen, ob alles so endabgerechnet werde, wie es der jeweilige Steuerberater berechnete habe.

Ebenfalls sehr gut aufgesetzt worden seien die KfW-Kreditprogramme in Zusammenarbeit mit dem Sparkassen- und Giroverband sowie den Banken. Hier bestehe der Wunsch nach längeren tilgungsfreien Zeiten. Geprüft werden solle auf Bundesebene und EU-Ebene darüber hinaus, ob ein Teil der Gelder in Zuschüsse umgewandelt werden könne.

Wibke Brems (GRÜNE) bedauert, Einzelhandel und Gastronomie seien noch weit von der Normalität entfernt. Dieser Zustand werde vermutlich noch länger anhalten. Nicht nur Corona, sondern auch der Krieg in der Ukraine beeinflussten die Lage aller und damit das Verhalten jedes einzelnen.

Kleinstunternehmen zum Beispiel im Friseurhandwerk oder in der Gastronomie hingen in der Regel von einer oder ganz wenigen Personen ab und müssten häufig bei einer

Coronaerkrankung des Unternehmers geschlossen werden. Umsätze könnten dann nicht mehr generiert werden, doch Mietzahlungen etc. seien weiterhin zu leisten. Für solche Fälle gebe es offenbar bisher keine Unterstützungsmöglichkeiten. Nach zwei Jahren Coronapandemie stelle eine zweiwöchige Schließung diese Unternehmer vor existenzielle Sorgen. Das Ministerium solle eventuelle Überlegungen darlegen, wie damit umgegangen werden könne.

Christian Loose (AfD) kommt auf die „Danke für alles“-Aktion der Künstler zu sprechen. Der Kern der Aktion bedeute, zum 20. März fielen alle Maßnahmen – nun kämen die Künstler alleine klar. Fraglich sei, wann wirklich alle Anordnungen entfielen. Die Schausteller warteten seit mehr als zwei Jahren darauf.

Maßgabe müsse nun der Wegfall aller Bestimmungen und die Rückkehr zu Freiheit und Eigenverantwortung sein; denn außer für Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen würden keine Maßnahmen mehr benötigt. Hierzu fehlten leider klare Aussagen des Ministeriums.

Frank Sundermann (SPD) bestätigt, Organisation und Auszahlung der Sofort- und Überbrückungshilfen seien gut gelungen, auch wenn es immer Einzelfälle gebe, bei denen etwas nicht funktioniere. Diese Einzelfälle habe das Ministerium in der Regel gut gelöst. Sowohl auf Landesseite als auch von den Bezirksregierungen habe die Administration gut geklappt.

In der Vergangenheit habe nicht nur jeder der Globalisierung das Wort geredet, sondern Deutschland insgesamt und NRW selbst hätten davon auch stark davon profitiert. Nun gehe die Tendenz dahin, Wertschöpfungsketten wieder zu verkürzen und Produktionen nach Europa zu verlagern. Gleichzeitig würden bestimmte Produkte durch Hidden Champions zum weit überwiegenden Teil in NRW hergestellt. Ob andere Länder dies dauerhaft akzeptierten bleibe abzuwarten; gegebenenfalls sei zu prüfen, wie das Land die betroffenen Unternehmen unterstützen müsse respektive könne.

Ziel der Wirtschaftspolitik des Bundes und des Landes sei es bislang gewesen, Strukturbrüche möglichst zu verhindern. Weggebrochene Strukturen seien nur schwer wieder aufzubauen.

Auch wenn Einzelhandel und Gastronomie mit großen Problemen kämpften, hätten Strukturbrüche bisher verhindert werden können. Sinke das Konsumklima weiter, komme es möglicherweise zu schleichenden Strukturbrüchen. Im Austausch mit den Verbänden sei zu eruieren, wie dies – über die allgemeine Öffnung hinaus – verhindert werden könne.

In Bezug auf Arbeitslosigkeit sei NRW bisher sehr gut durch die Krise gekommen. Das sei auf der einen Seite erfreulich, verdeutliche auf der anderen Seite aber auch den Fachkräftemangel. Die Versorgung der Unternehmen mit Arbeitskräften stelle einen entscheidenden Faktor für ein gesundes Wirtschaftswachstum dar. Ebenso wichtig seien verkürzte Wertschöpfungsketten und der Zugriff auf Rohstoffe.

Ralph Bombis (FDP) bestätigt, die administrative Abarbeitung der Hilfen habe ausnehmend gut funktioniert. Auch Einzelfallproblematiken seien immer wieder aufgegriffen worden mit dem Ziel, sie möglichst schnell und passgenau zu lösen.

Darüber hinaus müsse man sich mit der Frage auseinandersetzen, welche Quarantäneregelungen künftig gelten sollten und wie sinnvoll diese seien. Bei Gewerbetreibenden verschärften Quarantäneregelungen in der gegenwärtigen Situation den Fachkräftemangel.

Die FDP habe den Freiheitsgedanken während der gesamten Pandemie sehr im Blick behalten. Notwendige Maßnahmen seien auch unter diesem Aspekt teilweise schmerzhaft gewesen. Mögliche schrittweise Lockerungen würden sehr begrüßt. Den Menschen müsse Vertrauen gegeben werden, dass es möglich sei, diese Krise zu überwinden. Ein absoluter und direkter Verzicht auf sämtliche Maßnahmen entspreche aber keiner verantwortlichen Politik.

Immer wieder gebe es individuelle Hilfsnotwendigkeiten für Menschen und Betriebe, die unverschuldet in eine schwierige Situation gekommen seien. Aufgabe sei es aber nun, die bemerkenswert gut durch die Pandemie gekommenen Strukturen im Land zu erhalten, auch wenn zum Teil neue Bedingungen herrschten. Dies betreffe den Einzelhandel und Innenstädte insgesamt. Wertschöpfungsketten und eine Kreislaufwirtschaft seien ebenfalls Thema.

Christian Loose (AfD) hält weitere Grundrechtseinschränkungen angesichts der hohen Impfquote, der großen Zahl bereits infizierter und daher durch Antikörper geschützter Personen sowie der inzwischen vorherrschenden und deutlich harmloseren Omikron-Variante für völlig unverhältnismäßig. Den demokratischen Kompass habe die FDP leider auch nach mehr als zwei Jahren Pandemie nicht wiedergefunden; sie wolle den Menschen weiterhin Grundrechte vorenthalten. Das sei nicht im Sinne der AfD.

StS Christoph Dammermann (MWIDE) bestätigt die von Abgeordnetem Oliver Kehrl angesprochene administrative Herausforderung. Die Bezirksregierungen hätten bereits unfassbar viele Aufgaben übernommen, sodass ihnen keine weitere Belastung zugemutet werden könne. Daher bereite das Ministerium eine Ausschreibung für externe Dienstleister vor, die unterstützend tätig werden sollten. Dem Haushaltsgesetzgeber werde für das Jahr 2023 empfohlen, das Ergebnis der Ausschreibung den Bezirksregierungen zugutekommen zu lassen.

Zwar werde immer wieder von unbürokratischen Verfahren gesprochen, doch sei es unverzichtbar, jeden Antrag ordnungsgemäß zu prüfen.

Vermutlich kämen in der kommenden Woche neue Quarantäneregeln zum Tragen. Die Regeln des Infektionsschutzgesetzes zur Erstattung bei Verdienstaussfällen gälten auch für Selbstständige. Befänden sich mehrere Beschäftigte in Quarantäne, auch wenn der Betrieb nicht vorübergehend geschlossen werden müsse, sei zumindest die Gewährung von Lohnersatzleistungen über die Landschaftsverbände möglich.

Wichtig sei nun ein Re-Start. Dabei gehe es nicht um eine dauerhafte Unterstützung, aber um Hilfen für die Branchen. Das gelte ausdrücklich auch für die Schausteller. Ebenfalls im Fokus des Ministeriums stünden die Hidden Champions. Zu ihnen habe die Landesregierung erst kürzlich eine Studie vorgelegt.

Die Herausforderungen gingen ineinander über. Am Ende könne nicht mehr differenziert werden, ob es sich um ein speziell pandemisches Problem, eine gewisse Kaufzurückhaltung durch den Krieg bzw. durch Preissteigerungen oder um ein Fachkräfte-thema handele.

Auf Bitten der Abgeordneten **Wibke Brems (GRÜNE)** sagt **StS Christoph Dammermann (MWIDE)** zu, dem Ausschuss eine schriftliche Information zu den angesprochenen Leistungen der Landschaftsverbände zur Verfügung zu stellen.

8 Auswirkungen der notwendigen Sanktionen gegen Russland auf NRW

Vorlage 17/6599

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) informiert:

Das Energieministertreffen tagt noch. Ich habe das Treffen kurz verlassen und werde nach der Ausschusssitzung weiter teilnehmen. Der Bundeswirtschaftsminister hat uns heute früh – in Vorbereitung des Treffens – geschrieben, dass er jetzt die Frühwarnstufe des Notfallplans „Gas“ zieht. Das hat uns in der Runde natürlich sehr beschäftigt. Er hat sehr originär etwas mit der Frage zu tun, welche Auswirkungen wir haben.

Wir sind damit schon seit einigen Tagen beschäftigt, weil wir eine Zuspitzung der Situation für uns gesehen haben. Ich habe mich in der vergangenen Woche an den Bundeswirtschaftsminister gewandt und gebeten, dass wir uns möglichst eng abstimmen. Wir stehen selbstverständlich auch im engen Austausch mit der Bundesnetzagentur – Herr Müller ist in der heutigen Runde dabei und hat mit vorgetragen –, die nach gesetzlicher Grundlage die Federführung für die Lastverteilung hat. Wir haben darüber diskutiert. Ich habe für Nordrhein-Westfalen angeboten, dass wir fern von den Zuständigkeiten eine Verantwortung in der Umsetzung wahrnehmen. Ungeachtet dieser klaren Zuständigkeit, zunächst beim Bund Vorkehrungen zu treffen, habe ich angeboten, ihn bei einer Notfallverteilung von Gasmengen unterstützen. Herr Müller hat sich dafür bedankt und will gerne darauf zurückgreifen. Das ist nämlich alles andere als trivial, wenn diese Phase wirklich zum Tragen kommt. Das ist jetzt noch nicht der Fall; wir sind noch in der Frühwarnstufe. Sie ist offiziell der Anlass, damit sich Bund, Länder und die beteiligten Institutionen mit den Fragen einer möglichen Mangelverteilung auseinandersetzen.

Das ist ein klares Signal für den Markt, dass zeitnah mit einem größeren Mangel zu rechnen ist. Warum ist zeitnah damit zu rechnen? Das ist Ihnen allen bekannt: Herr Putin hat damit gedroht, dass er die Gasrechnung nur noch in Rubel bezahlen möchte. – Die G7-Energieminister haben sich am 28. März einvernehmlich dahingehend verständigt, dass sie das ablehnen und als vertragswidrig betrachten. Sobald diese Umstellung im Kreml erfolgt, könnte es zu einer Kaskade führen – je nachdem, wie die Verträge gestaltet sind, wann die nächsten Zahlungsziele sind, wann was bezahlt werden muss, ob noch gemahnt oder das Gas dann direkt abgestellt wird. Das gilt es zu eruieren. Fakt ist aber, dass das jetzt zeitkritischer ablaufen wird.

Wie gesagt, wir sind noch in den Beratungen, sodass ich Ihnen keine abschließenden Ergebnisse mitteilen kann. Aber es ist zunächst davon auszugehen, dass wir keine Mengenverteilung, sondern eine Regelung über Preise haben. Jeder hat eine Vorstellung davon, was das für die Industrieunternehmen, aber auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher bedeutet. Damit werden wir uns zeitnah konfrontiert sehen, und dies vor dem Hintergrund, dass die Preise ohnehin schon in den letzten Wochen und Monaten massiv angestiegen sind.

Wir müssen in dem Kontext vielfältige Maßnahmen energiewirtschaftlich prüfen. Auch darüber stehen wir im Austausch und werden dazu heute Nachmittag noch Beschlüsse fassen, denke ich.

Es ist völlig klar, wir sind jetzt in einer neuen Welt. Wir haben das Thema „Klimaschutz“ weiter als ein ganz zentrales Ziel zu verfolgen, aber wir sind auch in einer Situation, in der es um die Energieversorgungssicherheit in einer Tragweite geht, die wir schon lange nicht mehr erlebt haben. Ich meine, mich an 1973 zu erinnern, als wir den ersten Ölpreisschock erlebt haben. Damals sind Gesetze entwickelt worden, auf deren Grundlage jetzt gehandelt werden muss.

Wir müssen schauen, wo wir ansetzen können, um den Gaseinsatz möglichst schnell zu reduzieren, wo immer das möglich ist. Energieeffizienz und Energiesparen sind große Themen. Ich habe das in der Landtagsdebatte gesagt. Es ist aber auch die Frage, ob wir gewisse Energieumwandlungsträger jetzt ersetzen können oder müssen, statt das noch zeitlich hinauszuschieben. Wir haben mehrere Chemieunternehmen, die eigentlich von Kohle auf Gas umstellen wollten. Das haben sie mit der Bundesnetzagentur schon in der Auktionierung entschieden. Jetzt ist die Frage, ob man das nicht um zwölf Monate oder welchen Zeitraum auch immer verschieben kann. Das setzt gesetzliche Änderungen voraus.

Sie sehen schon, da ist eine Menge zu tun, um neue Flexibilitäten zu schaffen, damit die Wirtschaft und wir alle möglichst pragmatisch darauf reagieren können. Wir werden alle gefordert sein. Wir haben das aus Nordrhein-Westfalen sehr früh über den Bundesrat angeregt: Wir hatten keine richtige Gasvorsorge in Deutschland. Wir haben zugelassen, dass die Gasfüllstände im Herbst und Winter extrem niedrig waren. Das wird jetzt durch ein entsprechendes Gesetz neu geregelt, damit klar ist, dass über den Sommer hinweg schon Vorkehrungen zu treffen sind, damit wir mit angemessenen Füllständen in den Herbst gehen. Diejenigen, die das nicht leisten, können dann sanktioniert oder staatlich veranlasst werden, diese Vorkehrungen zu treffen.

Ergänzend sieht das Gesetz vor, dass der Staat auf eigene Veranlassung Reserven bilden kann. Auch das haben wir aus Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen. Wir sind sehr zufrieden, dass die Bundesregierung sehr schnell gehandelt hat. Das Gesetz wurde schon vom Bundestag beschlossen. In der kommenden Woche Freitag beschäftigt es den Bundesrat. Wir haben angeregt, dass es möglichst flexibel zur Umsetzung kommen kann. Das will der Bund aufgreifen.

Nichtsdestotrotz heißt das, wenn wir in Anbetracht dieser neuen Rahmenbedingungen sicherer in den nächsten Winter kommen wollen als in den letzten Winter, wird schon im Sommer Vorsorge zu treffen sein. Das wird zu einer weiteren Verknappung des Gases führen. Solange wir keine Mengenverteilung vornehmen, geht das alles über die Preise. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Der Bund wird Vorsorge treffen müssen, wie wir mit diesen Preissteigerungen umgehen wollen. Es hat schon ein zweites Energiesicherungsgesetz gegeben, durch das die privaten Haushalte entlastet werden. Aber man wird auch darüber reden müssen, die Firmen in anderer Weise zu entlasten. Damit muss sich der Bund

auseinandersetzen. Hierzu werden wir heute Nachmittag entsprechende Vorschläge beraten.

Man muss etwas sehen, was ich für Nordrhein-Westfalen sage, aber bundesweit gilt: Die Gaspreise sind in den letzten Wochen um fast 400 % gestiegen. In den USA sind sie um 25 % gestiegen. Wenn ein Unternehmen an mehreren Standorten produzieren kann, dann wird eine Preisanpassung zu Produktionsstandortanpassungen führen. Darüber hinaus müssen wir bei kleinen und mittleren Unternehmen darauf achten, dass ein Unternehmen seine Produktion nicht einstellt, weil sie sich nicht mehr rechnet, aber genau diese Produkte in der Lieferkette an anderer Stelle dringend gebraucht werden. Das haben wir bei der Chip-Produktion bitter lernen müssen. Bei den Kabelbäumen müssen wir auch darauf achten, dass nicht kurzschlussartig gehandelt wird.

Parallel wird sich der Bund darauf vorbereiten – wir werden das begleiten, wie gesagt –, dass in Abstimmung mit der Industrie ein Weg für die nächste Stufe, die Notfallstufe, gefunden wird, sofern sie „gezogen“ werden muss. Dann wäre eine Lastverteilung von der Bundesnetzagentur vorzunehmen. Das ist hochkomplex.

Wir haben mit der Industrie schon Gespräche in Nordrhein-Westfalen geführt. Wir haben auch im Mittelstandsbeirat, der diese Woche getagt hat, sehr ausführlich darüber beraten. Das fordert alle sehr heraus. Wir haben bei COVID gelernt, wenn es zu einer Mengenverteilung kommt, gibt es nicht nur bei offensichtlich systemkritischen Unternehmen besondere Bedürfnisse, sondern auch bei anderen. So eng verflochten, wie unsere Wirtschaft ist, ist es gar nicht so leicht, festzustellen, wer in welchem Umfang wirklich systemrelevant ist oder nicht. Das wird mit vorbereitet und wird uns in den nächsten Tagen und Wochen in Abstimmungen mit dem Bund beschäftigen.

Mit Blick auf die anderen Rückwirkungen des schrecklichen Krieges in der Ukraine führen wir auch intensive Gespräche mit der Industrie in Bezug darauf, dass einige Unternehmen ihre geschäftlichen Möglichkeiten in massivem Umfang in einem der beiden Länder oder in beiden Ländern verloren haben. Für einige Unternehmen betrifft das nur einen geringen Umfang ihres Umsatzes, für andere einen mittleren Umfang. Gott sei Dank sind wenige ganz massiv betroffen. Aber mit denen müssen wir uns selbstverständlich auch auseinandersetzen. Auch hier suchen wir nach Lösungen und versuchen, die Unternehmen zu begleiten, damit der Schaden möglichst gering bleibt und die Produktionsbedingungen erhalten bleiben. Kurzarbeit kann helfen. Auch andere Instrumente werden zum Einsatz kommen müssen, damit die Rückwirkung für den Arbeitsmarkt nicht zu groß wird. Da ist sicherlich in den nächsten Wochen und Monaten eine Menge zu tun. Je nachdem, wie lange das anhält, ist das möglicherweise in den nächsten Jahren so.

Wir müssen möglichst pragmatisch vorgehen. Die Maßnahmen müssen schnell wirksam sein. Daran arbeiten wir und werden Sie zeitnah auch über die heutigen Beratungsergebnisse informieren, damit Sie sehen, wie wir im Einzelnen vorgehen wollen.

Bei allen Herausforderungen haben wir, wie das immer im Leben ist, durchaus Chancen. Die müssen wir bedenken. Wir sehen den Umbau der Industrie – auch energiewirtschaftlich mit Blick auf unsere ambitionierten Klimaziele. Wir müssen kurz- und mittelfristig pragmatisch agieren, aber wir wollen die Ziele langfristig nicht infrage stellen. Das heißt, wir wollen erneuerbare Energien massiv schneller aufbauen. Für diese Beschleunigung müssen die planungs- und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Hier kann ich mit Bezug auf den Landesverband Erneuerbare Energien, von dem ich heute in der Presse sehr „gelobt“ worden bin, adressieren, dass unsere Forderung an den Bund, das Sommerpaket auf das Osterpaket vorzuverlegen und die dringend notwendigen Beschleunigungsmaßnahmen vorzunehmen – Planungs- und Genehmigungsrecht, Naturschutzrecht, Festlegungen der Ausbaufäche, 2%-Ziel usw. – nicht erfüllt wird. Es wird eine Art fröhsummerliches Sommerpaket geben, das im Mai vorgelegt werden soll. Ich denke, wir sind zusammen so schnell, dass wir umgesetzt bekommen, was wir uns vorgenommen haben. Wir bleiben jedenfalls bei unseren Ausbauzielen. Wenn ich die Genehmigungen und die schon im Umweltverträglichkeitsverfahren befindlichen Anlagen sehe, dann haben wir mit Blick auf unser Ausbauziele eine höhere Wahrscheinlichkeit, sie erreichen zu können als andere Teile Deutschlands. Das gilt vor allen Dingen im Offshore-Bereich, in dem noch viel mehr passieren muss, wenn alles gelingen soll. Ich sage aber auch, es muss gelingen. Deswegen müssen diese Maßnahmen kommen, und dies auch vor dem Hintergrund der Versorgungssicherheit.

Ich sage aber auch, was ich bisher vorgelegt bekommen habe, umfasst noch viel zu lange Zeiträume. Wir werden das heute Nachmittag weiterdiskutieren. Wenn wir für den Netzausbau immer noch zehn oder zwölf Jahre einplanen, werden wir das nicht schaffen. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Eine Beschleunigung auf drei bis fünf Jahre für solche Projekte ist nötig. Da müssen wir uns ganz anders aufstellen. Ich finde, wenn Elon Musk eine so tolle Fabrik in zwei Jahren geplant, genehmigt und gebaut bekommt, dann sollten wir das auch schaffen. Wenn wir das nicht ernsthaft angehen, wird dieser Plan nicht aufgehen. Das muss man ganz klar sagen. Das muss in diesem Frühjahr/Sommer ambitioniert geklärt sein. Dann kommen wir in die Umsetzung. Darin liegen Chancen.

Herr Sundermann, Sie sagten, uns fehlen Fachkräfte. Die fehlen uns bei dem, was wir uns jetzt vornehmen müssen, in aller Breite. Im Handwerk fehlen 130.000 Fachkräfte, wie wir unlängst im Landtag von einem Experten gehört haben. Der Umbau unserer Substanzgebäude muss aber noch mal beschleunigt werden: Photovoltaik-Ausbau, Sanierung usw.

Vor dem Hintergrund der Strukturverwerfungen, die wir bekommen, müssen wir bei Transformationen im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften und Betriebsräten überlegen, wie wir Fachkräfte mit in den Transformationsprozess einbinden können. Ich sage das auch mit Blick auf das Rheinische Revier. Beispiel Ford: Ich habe unlängst erzählt, dass wir glücklich sind, weil der Standort in Köln gesichert werden konnte. Dazu gehört, dass sich das Unternehmen hervorragend mit Gewerkschaften und Betriebsräten darauf vereinbaren konnte, dass fast 1.000 Mitarbeiter, die

bisher in der Motorenproduktion tätig waren, jetzt bei Marelli arbeiten, einem Unternehmen für Elektromotoren, das auf dem Firmengelände von Ford in Köln angesiedelt werden konnte.

Solcherlei Transformationen brauchen wir noch mehr, damit Mitarbeiter aus Bereichen, die sich durch erhöhte Energiepreise nicht oder nicht mehr in dem Umfang am Markt behaupten können, durch Umqualifizierungen und kluge Vertragsgestaltungen in andere Bereiche switchen und wir diese enormen Investitionen in neue Energien und deren Speicherung in den nächsten Jahren vornehmen können.

Die nordrhein-westfälische Industrie hat viele Chancen in dem Feld, sie hat Unternehmen mit Technologien in dem Bereich und sie hat die Fähigkeiten und Potenziale. Wir müssen versuchen, diese beschleunigt zu nutzen. Wir brauchen mehr Flexibilität. Auch dafür werden wir uns einsetzen, damit wir unter dem Strich gestärkt aus dieser Krise hervorgehen und den Standort nachhaltig machen können.

Ich sehe da viele Chancen. Das habe ich auch dem Mittelstandsbeirat vorgetragen. Diese Ansicht wurde von Mittelstand, Handwerk und Industrie geteilt. Sie teilen diese Perspektive für Nordrhein-Westfalen, aber wir müssen als Politik eben noch viele Voraussetzungen dafür schaffen.

Wibke Brems (GRÜNE) spricht die Überschrift in der ZEIT an: „Verband wirft Landesregierung Untätigkeit vor“. Sie bitte um Erläuterung, ob die Landesregierung beispielsweise plane, Förderprogramme aufzulegen bzw. zu erhöhen oder die Energieberatung zu verbessern, um bei Privaten kurzfristig einen Umstieg auf andere Energieträger zu erreichen. Auch ohne Komforteinbußen könne Energie eingespart werden. Das Wissen um das Wie müsse nur mehr in die Breite getragen werden.

In der gegenwärtigen Situation stellten Unternehmen Überlegungen zur Energieeinsparung und -umstellung an. Bei einer Verknappung des Angebotes stehe man vor dem technischen Problem, den Gashahn nur zu- oder aufdrehen zu können. Die Unternehmen stellten eine große Bandbreite von Produkten her, die nur zum Teil systemrelevant seien. Ein enger Austausch mit der Wirtschaft sei erforderlich, um für den Notfall vorzusorgen und eine Lösung zu finden. Hier stelle sich die Frage, ob die Verantwortung dafür nach Ansicht der Landesregierung ausschließlich beim Bund liege, oder ob auch das Landesministerium mit Blick auf die größere Nähe zu den Unternehmen an dem Thema arbeite.

Vermutlich seien in den kommenden Wochen wichtige Entscheidungen in diesem Bereich zu treffen. Da keine regulären Ausschusssitzungen bis zum Ende der Legislaturperiode mehr stattfänden, bitte sie, den Informationsfluss durch andere Formate sicherzustellen. Gleichzeitig sichere sie Unterstützung zu der Thematik zu. Vermieden werden müssten Auswirkungen auf die Wirtschaft und die gesamte Bevölkerung.

Christian Loose (AfD) interessiert, ob der Staat beeinflussen könne, in welcher Währung die Unternehmen ihre Energierechnungen an Russland beglichen bzw. ob durch einen Erlass verboten werden solle, die Rechnungen in Rubel zu bezahlen. Viele

Firmen versuchten bereits, Gas durch andere Energieträger zu ersetzen; dies sei allerdings nicht in allen Bereichen möglich.

Statt von Rationierung rede die Landesregierung von „Mengenverteilung“. Es solle klar formuliert und den Menschen deutlich gesagt werden, es gehe um eine Rationierung. Die Situation sei bedrohlich. Dies gelte auch für die chemische Industrie, die Gas in vielen Prozessen nicht ersetzen könne. Das betreffe zum Beispiel die Ammoniak-Herstellung, die wiederum Einfluss auf die Düngemittel und somit die Nahrungsmittelindustrie habe. Die Landesregierung werde um Erläuterung gebeten, welchen Einfluss sie auf dem Gebiet sehe und was Landes- und Bundesregierung unternähmen, um einen weiteren Engpass zu verhindern.

Ralph Bombis (FDP) unterstreicht, die Wirtschaftsminister der G7-Staaten hätten sich darauf verständigt, der Forderung Putins nicht nachzugeben, in Rubel zu bezahlen. Die von der AfD-Fraktion aufgeworfene Frage zeige eine besondere Haltung der AfD im Vergleich zu der geschlossenen Haltung der restlichen Welt gegenüber dem Angriffskrieg.

Die Situation werde sicherlich schwierig bleiben, und die aufgeworfenen Fragen seien dynamisch zu bewerten, weil nicht im Vorhinein festgelegt werden könne, welche mögliche Verteilung der dann begrenzten Kapazitäten notwendig und richtig sei. Fragen gegenseitiger Abhängigkeiten könnten nicht so einfach beantwortet werden, zumal die Unternehmen aus ihrer individuellen Sicht vermutlich zunächst grundsätzlich die Haltung einnehmen, alle notwendigerweise mit Gas versorgt werden zu müssen.

Die Haltung der G7-Staaten habe offensichtlich eine gewisse Wirkung gezeigt; denn die Haltung Putins stelle sich nun als etwas weniger hart dar. Es gebe einen kleinen Hoffnungsschimmer, dass eine klare Haltung dazu beitrage, eine gewisse Verhandlungsmöglichkeit zu erhalten. Offensichtlich scheue Putin davor zurück, die Brücken in dem Bereich vollständig abzurechen. Man könne nur hoffen, dass sich das auch in anderer Hinsicht so manifestiere.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) hebt hervor, relativ intransparent sei, über welche Kanäle geliefert und abgerechnet werde und wie eine Umstellung auf Rubel zeitlich umzusetzen sei. Von russischer Seite sei schon viel Unterschiedliches gesagt worden.

Das Land müsse sich vorbereiten. Das sei wichtig. Auch die Marktteilnehmer müssten in etwa wissen, was gegebenenfalls auf sie zukomme und woran die Politik arbeite. Inzwischen könne man sich darauf vorbereiten, was passiere, wenn es zu einer weiteren Verengung des Angebotes komme und welche kompensatorischen Maßnahmen die Politik plane. Die Wirtschaft brauche Planungssicherheit und müsse sich den Gegebenheiten anpassen. Alle vorhandenen Möglichkeiten zur Anpassung seien klug zu nutzen. Das gelte sowohl für Unternehmen als auch private Haushalte.

Bei Corona hätten sich westliche Staaten durch Innovationen in den letzten zwei Jahren eine gewisse Resilienz erarbeitet. Dies deute darauf hin, dass Deutschland besser geeignet sei, solch große Herausforderungen durchzustehen, als es demokratischen

Gesellschaften am Anfang der Pandemie zugetraut worden sei; als sich zu Beginn China deutlich erfolgreicher gegen das Virus zur Wehr gesetzt habe.

Ähnlich müsse es bei der Energiekrise sein. Das bisherige Klumpenrisiko bei der Energieversorgung habe zu Abhängigkeiten geführt und sei politisch motiviert gewesen. Inzwischen habe es sich als nicht tragfähig erwiesen. Nun müsse umgedacht und auf dezentrale Leistungsträger und Entscheidungsträger gesetzt werden, indem versucht werde, ihnen Anpassungen so leicht zu machen wie möglich. Die Politik solle Rahmen für Innovationen und einfachere Anpassungen setzen.

Auf allen Ebenen sei es notwendig, die Aktivitäten zu beschleunigen. Die Landesregierung habe im Dezember eine Entscheidung getroffen und festgelegt, was im Landesentwicklungsplan geändert werden solle. Daran werde gearbeitet. Dennoch sei das Land darauf angewiesen, dass auf anderen Ebenen noch weitreichendere Beschlüsse gefasst würden.

Mit Genehmigung des Ausschussvorsitzenden könne abseits regulärer Sitzungen ein Austausch über die Obleute oder durch Sondersitzungen sichergestellt werden.

Nach den gesetzlichen Regelungen sei die Bundesnetzagentur dafür verantwortlich, die Verteilung der Gasmengen vorzubereiten. Diese Aufgabe nehme sie wahr; dennoch sei sie offen für unterstützende Beiträge der Länder. Gerade Nordrhein-Westfalen mit seiner energieintensiven Industrie sei es wichtig, sachgerechte Wege zu finden.

Christian Loose (AfD) betont, er habe die wirtschaftliche Frage angesprochen, ob Firmen ihre Gasrechnung in Rubel bezahlen könnten oder nicht. Verbiete der Staat die Begleichung in Rubel, stelle sich die Frage nach einem möglichen Entschädigungsanspruch der betroffenen Unternehmen gegenüber dem Staat.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) entgegnet, einseitige Vertragsanpassungen wie die Änderung von Währungsvorgaben stellten einen Vertragsbruch dar. Werde dem Ansinnen Putins auf Zahlung in Rubel durch die Unternehmen Rechnung getragen, unterlaufe dies die gegen Russland verhängten Sanktionen. Ein solcher Verstoß der Unternehmen sei wiederum zu sanktionieren.

Seines Wissens würden für die Einhaltung von Sanktionen keine Entschädigungen gezahlt. Das falle unter das unternehmerische Risiko. Gegenteilige Positionen aus der Wirtschaft kenne er nicht.

Dietmar Brockes (FDP) hebt hervor, das Embargo gegen Russland zeige bereits deutliche Wirkung. Die AfD suche nach Wegen, um dieses Embargo zu unterlaufen und den Druck gegen Russland herauszunehmen.

Vorsitzender Georg Fortmeier kündigt an, gemeinsam mit Minister Pinkwart eine Möglichkeit zu finden, um die Ausschussmitglieder auch in den kommenden Wochen über die Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

9 Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

Vorlage 17/6601

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) berichtet:

Ich habe angesprochen, dass wir mit über 50 Partnern den Gigawattpakt für das Rheinische Revier schließen konnten. Das ist energiewirtschaftlich von zentraler Bedeutung, aber auch für die Entwicklung der Region. Ich bin sehr dankbar, dass wir schon so viele Akteure in der Region gefunden haben. Weitere werden mit Sicherheit dazukommen. Erst recht unter dem aktuellen Eindruck wird sich sicherlich noch viel mehr entwickeln. Das gilt natürlich auch außerhalb des Rheinischen Reviers in anderen Landesteilen. Aber hier ist es ein sehr starkes Signal. Das war etwas, was wir uns von vornherein vorgenommen hatten. Ich finde es gut, dass es nun Gestalt annimmt und wir mit konkreten Projekten in die Umsetzung kommen können.

Wir haben in diesen Tagen Beratungen in den Fachausschüssen über 75 in der zweiten Einreichungsrunde des Projektauftrags „Revier gestalten“ eingereichte Projektvorschläge. Dabei zeigt sich schon, dass auch in dieser Runde eine Vielzahl exzellenter Projektideen vorliegt. Allein in den zwei bisher durchgeführten Fachausschusssitzungen wurden 15 Projektvorhaben für die Aufnahme ins Qualifizierungsverfahren vorgeschlagen.

Wir sehen, dass wir bei den noch offenen Bewilligungen durch den Bund zu weiteren Verbesserungen kommen. Wir stehen mit dem Bund in weiteren Gesprächen, wie wir das Verfahren generell zu einer weiteren Beschleunigung führen können. Ich hoffe sehr, dass wir Ihnen auch hier in nächster Zeit noch Fortschritte mitteilen können.

Wir sehen ein wachsendes Interesse anderer Regionen in Europa und weltweit, die sich mit diesen Transformationsprozessen befassen und die Zusammenarbeit mit dem Rheinischen Revier suchen, um ihre eigenen Transformationsprozesse vorantreiben zu können. Das zeigt die Attraktivität der Entwicklungen, die wir dort haben, und wird unserem Ziel gerecht, zu einer Modellregion für Energie und Ressourcensicherheit mit internationaler Strahlkraft zu werden. Insofern sehen wir die Entwicklung auf weiter gutem Wege.

Dr. Patricia Peill (CDU) unterstreicht die große Bedeutung der eingerichteten Sonderplanungszone für die Region. Es gehe darum, mehr Flächen bereitstellen zu können. Nur so könne das erforderliche Wachstum gelingen.

Die Landesregierung fordere vom Bund eine neue Richtlinie für Arbeitsplätze und Innovationen. Dafür danke sie. Der Transformationsprozess stoße hier an Grenzen, so dass zum Teil für gute Projekte erst Fördermittel gefunden werden müssten. Gute Projekte sollten jedoch sofort gefördert werden.

10 Verschiedenes

Vorsitzender Georg Fortmeier zieht Bilanz der endenden Legislaturperiode: Zusätzlich zu den 96 Ausschusssitzungen habe sich der Wirtschaftsausschuss an mehreren Anhörungen anderer Ausschüsse beteiligt. 37 eigene Anhörungen und damit fast so viel wie in der vorherigen Wahlperiode habe der Ausschuss trotz der Pandemie durchgeführt. Viele Expertengespräche zu den Auswirkungen von Corona, aber ebenso Gespräche mit Experten zu anderen Schwerpunktthemen seien darüber hinaus im Ausschuss geführt worden. Vor der Pandemie habe der Ausschuss Messen besucht und das Ende des Steinkohlebergbaus mit einer Sitzung in Ibbenbüren gewürdigt. Im Mai 2019 habe eine Delegationsreise nach Japan stattgefunden. Das Rheinische Revier habe der Ausschuss im Januar 2022 besuchen und sich die wichtigsten Projekte des Strukturwandels vor Ort ansehen können.

Der Ausschuss pflege eine besondere Kultur der Diskussion und des Austausches. Die gute Zusammenarbeit werde von gegenseitiger Wertschätzung und Respekt getragen. Er danke der Obleuterunde und den Fraktionsreferentinnen und -referenten, die stets für eine gute Vorbereitung der Sitzungen gesorgt hätten. Dank gehe auch an seinen Stellvertreter Matthias Goeken, der im vergangenen Jahr während einiger Wochen die Sitzungsleitung übernommen habe.

Die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium, an der Spitze Herrn Minister Pinkwart und Herrn Staatssekretär Dammermann, sei hervorragend gewesen. Berichtswünschen und Fragen vonseiten des Ausschusses sei gut und zügig nachgekommen worden. Auch das sei zwischen Regierung und Opposition nicht immer ganz selbstverständlich.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ganz besonders müsse er sich bei der Landtagsverwaltung und dem Sitzungsdokumentarischen Dienst bedanken.

(Beifall von allen Fraktionen)

Bedauerlicherweise könne der Ausschussassistent, Herr Schröder, nicht persönlich anwesend sein. Mit ihm habe ihn eine ganz besondere Form der Zusammenarbeit verbunden. Er habe sich immer auf die Unterstützung von Herrn Schröder verlassen und sich vertrauensvoll in allen Belangen an ihn wenden können.

Zwölf Jahre sei er nun Abgeordneter gewesen; zehn Jahre lang habe er den Wirtschaftsausschuss geleitet. Die gute Zusammenarbeit habe ihm Freude gemacht und eine Bereicherung dargestellt. Nun beende er seine Tätigkeit als Abgeordneter aus eigener Entscheidung. Den anderen wünsche er für die Zukunft viel Gesundheit, beruflichen und privaten Erfolg sowie Wohlergehen.

(Anhaltender Beifall von allen Fraktionen)

Ralph Bombis (FDP) bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder von CDU, SPD, Grünen und FDP bei Georg Fortmeier ganz herzlich für dessen Tätigkeit als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, die dieser in bemerkenswerter Weise ausgeübt

habe. Die Atmosphäre in einem Gremium, dessen Arbeitsfähigkeit und Ergebnisse hingen immer auch von der Fähigkeit eines Sitzungsleiters ab. Aus eigener Erfahrung wisse er, dass die Arbeit eines Vorsitzenden nicht immer einfach sei.

Herr Fortmeier habe in seiner ausgleichenden Art stets im Blick gehabt, dass die Funktion des Vorsitzenden über den Fraktionen stehe. Auf der Delegationsreise habe sich der Ausschuss gut durch den Vorsitzenden vertreten gefühlt.

Er, Ralph Bombis, gehöre dem kommenden Landtag nicht mehr an und danke daher bei dieser Gelegenheit allen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit. Ein herzlicher Dank gehe an den Minister und den Staatssekretär sowie das gesamte Ministerium, aber auch an die Landtagsverwaltung, die stets sicherstelle, dass der Ausschuss seiner Arbeit nachkommen könne. Das solle nicht unterschätzt werden.

Abschließend danke er Herrn Fortmeier noch einmal auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen für seine Arbeit und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute.

(Beifall von allen Fraktionen)

Christian Loose (AfD) bedankt sich ebenfalls bei Herrn Fortmeier für seine Tätigkeit; dessen Ausscheiden sei bedauerlich. Die Sitzungen habe er immer ruhig, besonnen und überparteilich geleitet. Dafür gebühre ihm der Dank der AfD-Fraktion. Zu danken sei auch der Verwaltung, allen voran Herrn Schröder, für die gute Betreuung.

(Beifall von der AfD – Ralph Bombis [FDP] überreicht Georg Fortmeier [SPD] ein Geschenk.)

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) schließt sich dem Dank seitens des Ministeriums an und betont die beidseitig faire Zusammenarbeit mit dem Ausschuss. Dem gesamten Ausschuss gehe es um Nordrhein-Westfalen und die hier lebenden Menschen. Das sei sehr positiv hervorzuheben. In den Anhörungen habe man sehr viel gelernt, aber auch gemerkt, dass das Parlament eine wirkliche Verankerung im Land selbst habe. Das Ministerium bemühe sich, bei Bedarf schnell auf Beteiligte zuzugehen, ihnen eine Stimme zu geben und deutlich zu machen, dass man sich so weit wie möglich kümmere. Diesen Geist habe der Ausschuss sehr stark gelebt. Das sei auch ein Verdienst des Vorsitzenden. Dafür bedanke er sich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen im Ministerium, aber auch persönlich ganz herzlich.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vorsitzender Georg Fortmeier bedankt sich für die guten Wünsche.

gez. Georg Fortmeier
Vorsitzender

13.05.2022/16.05.2022

10